

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tageblatt Riesa.
Vermerk Nr. 20

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgericht und der
Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 159
Glocke Riesa-Nr. 52

Nr. 275.

Dienstag, 27. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für die Zeit vom 24. II. bis 30. II. 1923 Millionen III. einschl. für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Recht der Preisverhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen bis 30 min breite, 3 min hohe Grundchriftenzeile (6 Silben) 25 Gold-Pennisse; die 30 min breite Restzeile 100 Gold-Pennisse; zeitraubender und tabellarischer Tafel 50% Aufschlag. Rechte Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auszuggeber in Konkurs gerät. Abholungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abhängige Unterhaltungsbeiträge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Hittich, Riesa.

Die Bemühungen um die Kabinettbildung.

(Berlin.) Die Bemühungen Dr. Alberts um die Bildung des Reichskabinetts haben bisher noch an keinem Ergebnis gebracht. Am Regierungsteilteil hat sich man, dass Dr. Albert bis Dienstag abend das Kabinett zu Stande gebracht haben wird. Wie verlautet, soll das Ministerium des Innern nicht endgültig befehl, sondern nur kommissarisch verwaltet werden. Ferner soll der Plan bestehen, die wirtschaftlichen Ministerien zusammenzulegen. Hierbei soll als Minister der Direktor der Deutschen Werke Heimrich in Frage kommen. Dr. Braunus soll der präsumtive Reichskanzler wieder das Arbeitsministerium annehmen haben. Das Zentrum soll über den Eintritt von Fraktionsmitgliedern in die Regierung von der vorherigen Zustimmung der Fraktion abhängig gemacht haben. Bisher ist im Reichstag die Zentrumsfaktion zur Beratung der parlamentarischen Lage zusammengetreten. Auch die Deutsche Volkspartei hält um 5 Uhr eine Fraktionssitzung ab. Die Deutschnationale Partei hat für Dienstag ihre Fraktion einberufen. Im allgemeinen geht die Zustimmung im Parlament dahin, sich vorläufig einem Kabinett Albert gegenüber abzuwenden und zu verhalten.

(Berlin.) Ein hieliges Blatt will wissen, ob für den Fall des Nichtzustandekommens des Kabinetts Albert das Zentrum die Initiative zur Kabinettbildung übernehmen würde. Es werde dabei an einer Kandidatur Marx gedacht, der angeblich zur Kabinettbildung nur bereit sei, wenn er die Rolle Stresemanns erhält, das Ministerium des Innern in dieser Regierung zu übernehmen. (Berlin.) Die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, die geherrn Nachmittag im Reichstag eine Befreiung abhielten, haben sich gegen ein überparlamentarisches Kabinett Albert ausgesprochen. In unverbindlich eingesetzten interfraktionellen Befreiungen hat der Gedanke, einen bürgerlichen Block mit Einchluss der Deutschen Nationalen zu bilden, Boden gewonnen, nachdem die Sozialdemokraten erklärt hatten, an keiner irgendwie gesetzlichen Koalition mit bürgerlichen Parteien teilnehmen zu wollen. Das Zentrum hat allerdings eine Zusammenarbeit mit den Deutschen Nationalen an eine Reihe von Bedingungen gefaßt; es soll jedoch zwischen beiden Parteien zu einem Kompromiß auf folgender Basis kommen sein: Die Deutschen Nationalen lassen die Forderung fallen, daß der Verfaßter Vertrag für nichtig erklärt werde. Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei verpflichten sich, in Preußen aus der großen Koalition auszusteigen und auch dort einen Bürgerblock zu bilden. Die Haltung der Demokraten, ohne die die bürgerliche Koalition nicht über die absolute Mehrheit im Reichstag verfügen würde, ist noch unentschieden. Man nimmt an, daß sie wohl eine Beteiligung an der Regierung ablehnen, jedoch eine neutrale Haltung einzunehmen werden. Als Reichskanzler der bürgerlichen Koalition wird der bisherige Reichsminister des Innern Dr. Harres genannt.

Der vom Reichspräsidenten mit der Bildung des Kabinetts beauftragte frühere Reichsminister Heinrich Albert steht im 50. Lebensjahr. Er hat Rechtswissenschaft studiert und ist seit in den Staatsdienst eingetreten. Er war dann längere Zeit im Reichsrat des Innern tätig, arbeitete 1914 für die Organisation der deutschen Abteilung der Weltausstellung in St. Louis und war 1919 deutscher Reichscommissar auf der Brüsseler Weltausstellung. Als Mitarbeiter am deutzen Botschaft in Washington weinte er bis 1917 in den Vereinigten Staaten von Amerika und schreibt nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten mit dem Botschafter Orville Bernstorff zurück. 1918 und 1919 war er Präsident des Reichsverwertungsamtes für freiverdiente Heeresgärtner, trat dann als Nachfolger Bautes in die Reichslandtag ein und wurde 1920 zum Staatssekretär in der Reichsregierung ernannt. Im November 1922 wurde er Reichsminister im Kabinett Cuno. Nach der Auflösung dieses Ministeriums wurde er zum Aufbauminister ernannt und stand dann mit Cuno aus der Regierung aus. Seit gest gestoßt Albert dem Aufsichtsrat der Deutschen Werke an.

Die Rheinlande als Selbstverwaltungskörper.

(Ebersfeld.) Auf dem außerordentlichen Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei sprach der Reichsabgeordnete Ekelius über die bevorstehende Entscheidung über die besetzten Gebiete. Nachdem Ekelius einen Vortrag aus Köln die Frage vorgelegt hätte, ob man nicht über die Bildung eines Rheinlandes im Rahmen des Deutschen Reiches verhandeln könnte, hätten Handelsverhandlungen stattgefunden, zunächst am vorherigen Freitag, über die im einzelnen noch nicht bekannt geworden sei. Es glaube aber in groben Zügen folgendes darzulegen zu können, was von Ekelius angenommen sei: Es solle über die Frage beraten werden, die besetzten Gebiete im Rahmen eines Verwaltungskörpers zusammenzufassen, der auch über die Provinz- und Staatsgrenzen, über Wehsalen, Hessen und Hessenberg hinausgeht. Dass dies ein Zweckverband ist ein zweit- bis fünftgliedriges Direktorium. Dass letzter steht zunächst ein Ausschuss, der gemeinschaftlich der Berater dieses Direktoriums ist. Dieses Direktorium hat die Aufgabe, einerseits mit den Franzosen, andererseits mit dem Deutschen Reich alle die Verhandlungen zu führen, die notwendig sind, um wieder Frieden zu schaffen. Voraussetzung dafür ist eine Regierung der Finanzen. Ein solches Gebilde von Finanzsouveränität ist eine eigene Steuer haben. Zweitens muß dieses Gebilde die Verwaltung ordnen. Die Verwaltung muß wieder mit den ersten Kräften besetzt werden, die in den

Hauptstädte ausgewiesen worden sind. Aufgabe des Direktoriums wird deshalb sein, auf die Macht der Ausgewiesenen hinzuwirken oder, soweit dies nicht möglich ist, auf die Neuordnung der betreffenden Macht bedacht zu sein. Das Entscheidende ist, daß wir vor der Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers im betroffenen Gebiet stehen. Wenn auch nicht an ein Ausscheiden aus Preußen oder dem Reich bedacht wird, sondern eine reine Autonomie aus Zweckmäßigkeitgründen beschäftigt ist, enthält doch diese Situation eine politisch ganz außerordentliche Bedeutung. Trost des Zweckverbandes ist die politische Gefahr immer noch sehr groß, und sie wird um so größer, je selbständiger dieses zu schaffende Gebilde wird. Wir haben meines Erachtens uns immer mit Recht gestrafft gegen die Möglichkeit einer Abtrennung von Preußen, solange die Befreiung besteht. Es wird den Franzosen nicht schwer fallen, in diesem Gebilde ihren Einfluß geltend zu machen. Aber die Dinge sind so, daß wir zwischen dieser Möglichkeit zu wählen haben und die Millionen der Bevölkerung gegeneinander loslassen und sich gegenwärtig auffressen zu lassen. Um die Bevölkerung vor dem Allergrößtmöglichen zu bewahren, muß der erste Weg beschritten werden. Ich werde deshalb vorschlagen, daß wir uns dagegen erklären, daß wir unter dem Banne der Umstände und vor der Gefahr des Verhängens und der Verordnung und mit diesem Schritt einverstanden erklären in dem Bewußtsein, daß die deutsche Bevölkerung am Rhein deutsch ist und bleibt wird, auch wenn die Form des Staates wechselt.

Geharnischte Worte gegen den Bucher.

(München.) Amtlich wird gemeldet: In einer vom Generalstaatskommissar erlassenen Warnung wird unter anderem gesagt, daß die allgemein angelegten Grund- und Goldkreise für die Waren und Leistungen viel zu hoch seien und daß sie in der Regel mehr durch Rohstoffe, noch die Herstellung, noch die Geldentwertung gerechtfertigt seien und daß bei wertbeständiger Zahlung die sogenannten Misskramäri ein reiner Bucher seien. Verbrecherischer Eigentum störe durch die zu hohen Grundpreise das neue wertbeständige Zahlungsmittel auf die abhängige Bahn der Papiermark. Es will, so heißt es weiter, daß dieses Verbrechen am Volke auf schwere Bestrafung wird. Keine Schicht des Volkes darf heute Friedenskreise nehmen und sich so von der allgemeinen Not auskönnen. Die Polizeibehörden werden die Preisabschaffung strengstens überwachen und die Schulden der Bestrafung aufzuführen. Wer sich einer wuchernden Preisforderung schuldig macht oder sich einer Preisnachprüfung zu entziehen sucht, hat die Unterlaugung des Handels zu erwarten. In den Fällen, wo die großen Wirtschaftsverbände Schulden an den Preisüberforderungen tragen, wird mit allen Mitteln eingegriffen und mit ebenso unmöglichlicher Strenge gegen diejenigen, die sich weigern, Papiermark in Zahlung zu nehmen.

Die belgische Regierung zum Fall Graß.

Neuerdings hat die belgische Regierung ihre bereits fröhlich gestellten Entschädigungsfordernungen wegen der Tötung des Deutnants Graß in Höhe von 250000 Franken zugunsten des Familien des Getöteten und von 1 Million Franken zugunsten des belgischen Roten Kreuzes erneut. Wie der Brüsseler Berichterstatter des "Temps" meldet, hat ein Vertreter der belgischen Regierung gestern vormittag in Duisburg vollendes Eisenbahnmaterial beschlagnahmt, das zur Ablieferung an die deutsche Eisenbahnverwaltung bereit stand. Die Maßnahme wird damit begründet, daß die deutsche Regierung das Ultimatum in der Angelegenheit des Deutnants Graß nicht befolgt habe, in dem von ihr die Bezahlung einer Geldbuße von 1250000 Franken verlangt wird. Das beschlagnahmte Material soll in Höhe dieser Summe liquidiert werden. Eine Million Franken werde die belgische Regierung nach der Wiedergabe des Berichterstatters dem Roten Kreuz und 250000 Franken der Familie des Getöteten zur Verfügung stellen.

Die Separatisten vertrieben.

Im mittleren Moselgebiet hat die Bevölkerung an verschiedenen Stellen der Sonderbündlerherrschaft ein schnelles Ende gemacht. So wurde vor allem Wittlich gefärbt, wo die Einwohner gegen die von den Sonderbündlern besetzten Gebäude vorgingen. Da die Sonderbündler freiwillig nicht abziehen wollten, kam es zu einem Zusammenstoß, der einige Opfer forderte. Auf Seiten der Einheimischen wurde ein Bauer getötet. Auch in Bell hat die Bevölkerung im Verein mit Bauern aus der Nachbarschaft die Sonderbündler vertrieben.

Aus dem besetzten Gebiet.

(Osnabrück.) Noch keine Veränderung der Lage. (Osnabrück.) Aus gut untersetzten Kreisen des Ruhrgebietes wird berichtet: Wenn auch durch den Abschluß des Mantelvertrages zwischen den Ruhrindustrien und der Micum eine Veränderung der Lage angebahnt ist, so besteht doch zu einer optimistischen Aussicht vorläufig noch kein Anlaß. Eine starke Zunahme der Produktion ist schon deshalb um so weniger zu erwarten, weil nun nach Aufnahme der Koblenzförderung das noch völlig ungelöste Verkehrsproblem im Vordergrund steht. Die normale Umlaufzeit eines Wagons beträgt heute 14 Tage gegen 4,2 Tage vor dem Ruhrereignis. Die deutschen Beamten, die früher den Durchschnittsverkehr von allein 20000 Waggons für Rohegüter — ohne die Waggons für den übrigen Karren Güterverkehr — regeln mußten, galten als genauerste Kenner des Ruhrgebietes. Die Regie hat aber auf die Wiedereinstellung dieser Beamten verzichtet und es sind, soweit ich diesen

übersehen lädt, im ganzen nur rund 35%, des früher täglichen Eisenbahnpersonals wieder eingestellt worden. Dazu kommt, daß der innere Betrieb bei der Regie noch in seiner Weise funktioniert. Wie groß die entstehenden Schwierigkeiten sein werden, haben in diesen Tagen die Verhältnisse bei der Übernahme der Nordstrecken in den Regiebetrieb gezeigt: der Verkehr auf diesen Strecken ist nahezu stillgelegt, sodoch sich bereits erste Schwierigkeiten besonders für die Kartoffel- und Milchverförderung bemerkbar machen. Wenn weiter die Ein- und Ausfuhrbestimmungen in der bisherigen Weise beobehabt werden, wird bei einem Anschwellen des Verkehrs eine Verstopfung der Strecken, besonders auf den für die Rollkontrolle völlig unzureichenden Bahnhöfen nicht ausbleiben können.

(Krefeld.) Die Beläger haben hier erklärt, daß vor dem 15. Dezember keine weiteren Einschließungen in die Eisenbahnregie vorgenommen werden.

(Osnabrück.) Gestern vormittag wurde der Verleger der rheinisch-westfälischen Zeitung Dr. Reissmann-Gronau von der Bevölkerungsbehörde verhaftet. Der Haftbefehl hängt zusammen mit dem von der Bezirksverwaltung in Düsseldorf verfügten Verbot der rheinisch-westfälischen Zeitung, das sich auf Mitteilungen über die Industrieverhandlungen stützt. Die Verhaftung wurde aufrecht erhalten, obwohl Dr. Reissmann-Gronau überhaupt keine Kenntnis von den betreffenden Meldungen hatte.

(Hohenbalken.) Bahnmeister Witte, der am 17. 10. nach Ableistung des Dienstes bei der Regie eingestellt worden war, muhte am 17. 11. auf Verhölung der Reichsbahn in Gladbeck den Dienst wieder verlassen und auch die ihm zugewiesene Dienstabwohnung wieder räumen, mit der Begründung, daß er auf der schworen Liste stebe.

(Düsseldorf.) Der Bahnhoi Düsseldorf-Eckenkassel ist fast ohne jede Bewachung. Die Tiefbahn nehmend infolgedessen überwand. Es wurden Kleinleidzeug, Holschäume, Nieten und Einrichtungsgegenstände aus den Bahnmeisterbüros, in welche sich Diebe durch Einschlägen der Türen und Fenster Eingang verlebt hatten, weggeschleppt.

Zur Auflösung der kommunistischen Partei in Thüringen. Die Thür. Allgem. Zeit. meldet: In Weimar fand sich bei einer Beschlüßung, die bei dem Abgeordneten Dr. Neubauer vorgenommen wurde, ein in die Einzelheiten gehender Plan zur Erobrung der Weimarer Landesstädte vor. In Gera wurde der Verstand einer kommunistischen Buchhandlung, in Rudolstadt die Parteikasse der P. D. und bei Gemeinderäten kommunistische Schriften beschlagnahmt. In Müpperg (Südlich von Sonnenberg) wurde eine kommunistische Versammlung aufgelöst, wobei eine Wandecknerin von der Zentrale Berlin verhaftet wurde; außerdem wurde viel Material beschlagnahmt. Die Verordnung zur Auflösung der kommunistischen Partei wurde in Gotha ohne jeden Widerstand durchgeführt. Es wurde eine Reihe von Durchsuchungen vorgenommen; verschiedene Druckschriften und Geldbeträge verfielen der Beschlagnahme.

Tagesgeschichte.

Fortschreibung der Plündereien in Berlin. Infolge der häufigen Plündereien in Berlin sind es auch gestern an verschiedenen Stellen zu Plündereien und Raubmeilen auch zu Plündereien von Bäder- und Schlafzimmern gekommen; auch ein Schuhwarengeschäft wurde ausgeraubt. Mehrere Täter konnten festgenommen werden.

Lebendige Meldungen aus Hamburg. Anlässlich der Plündereien auswärtiger Blätter über die Bekämpfung bewaffneter Angehöriger des Jung-Bismarckbundes und des Ritterkantenganges teilt die Staatspolizei unter gleichzeitiger Warnung vor feststehenden Überreibungen an sich geringfügiger Polizeimänner mit: In der Nacht zum Sonntag bemerkten Polizeibeamte im Stadtteil kleinere Gruppen und schritten zur Festnahme von 42 Personen. Auf der Mache wurde festgestellt, daß nur einer der Geschäftstüren eine Pistole bei sich trug, während Träger ihm ein Hakenbein befreit. Einige Personen wurden daraufhin wieder freigelassen. Auch die politische Untersuchung einer Gruppe Jung-Bismarckbündler, die von einer Wanderschaft nach Bremen-Eidelstedt zurückkehrte, ergab, daß keiner der Beteiligten eine Waffe bei sich führte.

Der bisherige Sekretär der Reichswasserstraßenverwaltung Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Dr. Kirschstein ist in den einstweiligen Ruhestand getreten. In seinem Nachfolger hat der Herr Reichspräsident den Ministerialdirektor vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe Dr. Rohne ernannt. Bei Einführung des neuen Staatssekretärs gründete Reichsverkehrsminister Dr. Rohne in warmen Worten der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit des scheidenden Staatssekretärs.

Der Eisenbahnverkehr nach dem Westen. Alle Traditionen des Reichstages haben wegen der unerträglichen Zustände in den Schnellzügen auf den nach dem Westen fahrenden Eisenbahnen eine Anfrage an die Regierung gerichtet und um Abhilfe gebucht. Da der Anfrage steht es u. a.: Aufgrund der verschiedenen Bewertung des Dolards hat ein lebhafter Schieberverkehr namentlich von Ausländern eingesetzt. Diese nehmen mit ihrem weiblichen Anhang namentlich die Abteile 1. Klasse in Anspruch, z. B. wie festgestellt wurde, mit Fahrtkarten niedrigerer Wagenklassen. Es kommt vor, daß solche Passagiere absteigen, auch wenn sie frei sind, vom Zugbegleiter als bestellt bezeichnet und die deutschen Fahrgäste so zum Zischen gezwungen werden. Auch die kommunistischen

Mitmungen wie das Rauchverbot werden vielfach von den Ausländern nicht durchgeführt. Beschwerden bei deutschen Publizisten über die Zustände fanden häufig nicht nur keine Unterstützung bei dem Bahnhofskontrolleur, sondern stießen auf Ablehnung, sogar auf drohende Haltung.

Bleibt die Kommunistische Partei bestehen? Wie gemeldet wird, hat die Zentrale der Kommunistischen Partei beschlossen, die Partei trotz des Verbots weiter bestehen zu lassen. Alle bisherigen Funktionäre der Partei sind ihrer Posten entzogen worden. Anstelle der Zentrale tritt ein Direktorium (Parteileitung), das die Zeitung der Partei übernimmt und seinen Sitz ins Ausland verlegt. Die Kontrolle der Mitgliedschaft soll auf illegalem Wege durchgeführt werden. Verdiert und Spiegel werden mit dem Tode bedroht.

Einzelhandelsverbandsdag in Gotha. Der Einzelhandelsverbandsdag in Gotha ist gestern unter Beteiligung von 800 Vertretern in Gotha eine außerordentliche Tagung ab. Zu ihr nahm Reichstagabgeordneter Beithem das Wort. Als Zweck der Tagung bestimmt er, daß der Einzelhandel seine Stimme erheben müsse, um sich vor dem Untergang zu schützen. Der Einzelhandel verlangt durch Anträge mit gängigen Sachkenntnissen Maßnahmen ohne Rücksicht auf rechts und links. Der Redner beklagte sich über die Nachlässigkeit der Post, über die Rückständigkeit der Banken, durch deren unverhältnismäßige Bedingungen keine Geschäftsbüle vom Bankverkehr ausgeschlossen würden, über die Belastung durch die Steuerabgaben, die das Wirtschaftsleben erdrücken werden. Regierungsrat Mühlbach sprach dann über wertbeständige Zahlungsmittel und stellte als Hauptforderung des Einzelhandels auf 1. daß die Goldreserven bleiben, die den Besteckabsatz entsprechen und daß 2. die Goldmarkpreise wirklich Goldmarkreserven seien und bleibten. Der Papiermarkhaber darf durch die sogenannte Münzvereinbarung nicht benachteiligt werden. Einige weitere Redner wiesen auf die Unhaltbarkeit der Zustände in ihren Bezirken hin. Zum Schluß wurde eine Resolution gefasst, in der der Einzelhandel sich gegen ungerechtfertigte Angriffe und gegen Ungerechtigkeit wendet.

Spanien gegen das deutsche Eiland. Aus Madrid wird gemeldet: Opinion veröffentlicht Max Barthels Kritik für Deutschland sowie eine arabische Darstellung Münzenbergs mit erläuterndem deutschem Text zum Thema „Deutschlands Kinderkunst“. Das Blatt steht einer mit, daß die definitive Bildung eines spanischen nationalen Kulturmuseums, Bildardelungen deutscher Art und Porträts Barthels in Madrid bevorstehen. Von der Vida Económica wird andeutet, mit Schwierigkeiten man sehe, wie Deutschland im technischen und militärischen Bereich konkurrenzfähig werde, und wie das übrigen Nationen ohne Einverständnis aufstellen. Man habe immer gehofft, England werde in eigenem Interesse Frankreich entgegensetzen, aber Spanien könne sich ungehindert weiter über London lustig machen.

Das Druckschriftenverbot in Bayern aufgehoben. Der Generalstaatskommissar hat die Anordnung vom 11. November 1923 über die Bekämpfung staatsgefährlicher Druckschriften aufgehoben, sonst ließ das Er scheinen von Zeitungen und Zeitschriften, die von der Vereinten Sozialdemokratischen Partei herausgegeben sind, oder die sozialistische Ziele verfolgen, allgemein verbietet. Die zuständigen Behörden werden ermächtigt, zu bestimmten, welche dieser Zeitungen und Zeitschriften wieder erscheinen dürfen. Die Erlaubnis hierzu kann unter bestimmten Bedingungen erteilt werden.

Vor dem Abschluß des Tangerakommens. Nach dem Pariser „Entente-Cordiale“ soll das unmittelbar vor dem Abschluß siehende Abkommen über Tanger die Unterstellung der Stadt und des Hafens unter die Verwaltung einer Kommission vorsehen, die aus 6 Engländern, 6 Franzosen und 18 Vertretern der eingeborenen Bevölkerung, davon 9 Juden und 9 Nonjuden bestehen soll. Frankreich erhält besondere finanzielle Vorteile unter der Voraussetzung, daß es der Stadt einen Credit in Höhe von 50 Millionen Franken zum Ausbau des Hafens gewährt.

Belgien über die deutsche Note. Die Brüsseler Regierung hat sich sofort nach Einführung der Universitätsnote des Deutschen Reiches bezüglich der technischen Studien der belgischen Regierung an die Übertragung des 30 Seiten langen Dokumentes gemacht. Als der belgischen Presse vorlautet folgender Eindruck: Am allgemeinsten ist man darüber bestrebt, daß die deutsche Regierung in verschiedenen Punkten die Aufrichtigkeit der belgischen Feststellung anerkennt, wodurch man sogar als Falsis zu Verhandlungen annehmen könnte. Auch in belgischen offiziellen Kreisen ist man darüber bestrebt.

Angelas Heirat.

Roman von L. G. Roberty.

34. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Oh, Sie haben sich einsam gefühlt!“ sprach er leise. „Die Ungewissheit und das fortgesetzte Warten greifen Ihre Nerven an, nicht wahr? Es ist eine furchtbar schwere Zeit für Sie.“

Die Sympathie, die in seinen Worten lag, der weiche, einschmeichelnde Klang seiner Stimme ließen eine Saite in Angelas Herz erklingen, die ihr große Tränen in die Augen trieb.

Ihre Stimme zitterte ein wenig, als sie antwortete: „Manchmal scheint mir die Zeit so furchtbar lang. Und Warten ist immer schrecklich. Aber ich sage mir immer wieder vor, daß die Ungewissheit einmal ein Ende haben muss und schließlich alles in Ordnung kommt. Man darf nicht verzweifeln.“

„Ich wollte,“ sagte Rolf. Dann schwieg er, und seine Blicke wanderten nach den fernern Hügeln. Dann trafen seine Augen die ihren, und sie las etwas darin, was sie zu der raschen Frage veranlaßte: „Was wollten Sie?“

Und als sie die Frage an ihn richtete, blieben beide instinktiv in ihrem langfahlen Hin- und Hergehen auf der Terrasse stehen und schauten hinaus in die blaue Ferne. „Ich wollte,“ begann er von neuem und zögerte wieder, „ich wollte, ich könnte ebenso sicher sein wie Sie, daß alles in Ordnung kommt. Ich bin heute hergekommen, um Ihnen zu sagen, daß wir immer noch keine Nachricht von Erich haben, und daß ich anfangs zu fürchten, wir werden nie wieder etwas von ihm hören.“

Seine Stimme war bis zum Flüstern gesunken, und Angela tat bei seinen Worten einen tiefen Atemzug, der wie ein Seufzer klang. Mehrere Sekunden vergingen, bis sie ihre Stimme so weit in der Gewalt hatte, um antworten zu können. Endlich sagte sie ganz leise: „Sie wollen damit sagen, daß er in die Hände der Eingeborenen geraten ist, daß Sie das glauben, denn Sie wissen doch nichts Bestimmtes, oder doch?“ Bei den letzten Worten hatte sie die Stimme angstvoll erhoben.

„Nein, ich weiß nichts weiter, als was wir bereits gewußt haben. Ich habe nichts Neues erfahren,“ versetzte er ruhig und entschlossen, heute das Neuerste zu wagen und alles auf eine Karte zu setzen. „Ich weiß nichts, aber ich bin überzeugt, daß Erich nicht zurückkommen wird. Und so bin ich heute hergekommen, um zu leben. ob — ob — ob —“

Keine Sonntagsfundeungen in Würzburg. Am Sonnabend waren in einem kalten Ton abgefaßte Flugblätter verteilt worden, in denen zu einer Demonstration am Sonntag vormittag vor der Residenzauftakt aufgerufen wurde. Die Flugblätter hatten keinen Erfolg. Auf dem Odeonplatz und in der Ludwigstraße ist am Sonntag keinerlei Verlust zu irgendwelchen Kundgebungen unternommen worden.

In Dublin ist ein Deutsches Generalkonsulat eingerichtet worden, dessen Amtssitz den Irischen Freistaat umfasst. Die Geschäftsräume des Generalkonsulats befinden sich vorläufig im Shelbourne Hotel, Dublin.

Ein deutscher Fischdampfer überfällig. Der der Deutschen Scottsche A.-G. Cuxhaven gehörende Hochseefischdampfer „Barlow“ ist vor vier Wochen zum Hafen in See gegangen, ist stark überlastet. Man vermutet, daß das Schiff mit seinen zwölf Mann Besatzung untergegangen ist.

Reiche Spende für die Stadt Mainz. Der am 21. November im Metropolitan-Hotel im Alter von 92 Jahren verstorbene New Yorker Bürger Louis Lehman vermachte seiner Heimatstadt Mainz testamentarisch die Summe von 75.000 Dollar zurVerteilung an Waisenhäuser, Krankenanstalten und Stifts. Das Testament sprach außerdem der in Mainz lebenden Schwester des Verstorbenen den Insgesamt aus einem Legat von 20.000 Dollar zu.

Hilfswerk der Stadt Riesa.

Auf die erste Novemberhälfte haben die Klein- und Großunternehmer etwa 100-200 Milliarden staatliche Unterstützung ausgeschüttet erhalten, auf die zweite Novemberhälfte noch nichts, weil noch nichts vom Staate ausgewiesen ist! Das ist nicht etwa ein Druckschlag, sondern Tatsache, wenn auch eine solche unglaubliche! Welcher Beamte, Angestellte oder Arbeiter, der noch seinen Gehalt oder Vohn erhält, welcher Geschäftsmann, der noch sein Geschäft betreiben kann, welcher Landwirt, dem der Betrieb unstillbarer Hunger streift, kann es da vor sich und seinem Gewissen verantworten, unätig beiseite zu stehen? Man fragt nicht immer „was gibt der oder jener“, sondern man fragt sich selbst, „was bin ich in der Lage zu opfern, auch wenn ich mir selbst diesen oder jenen Gewinn noch versprechen muß?“

Hilfswerk der Stadt Riesa.

Örtliches und Sachisches.

Mainz, den 27. November 1923.

* Zuschlüsse zur Grundmiete. Im amtlichen Teil der heutigen Ausgabe gibt der Rat für Riesa festgestellte Zuschlüsse zur Grundmiete bekannt. Hieraus sind für den Monat Dezember 1923 6.666.666.667 Jahresgrundmieten errechnet worden. Auf die Bekanntmachung sei hierdurch besonders hingewiesen.

* Heimatstuhlkortäge. Morgen Mittwoch abends 8 Uhr findet im geheierten Saal des Hotels Höppler der 2. Heimatstuhlkortag statt. Direktor Dr. Kuhlabl, Dresden, spricht über Winterpracht und Wintersport im deutschen Mittelgebirge. Karten zu diesem und den nachfolgenden, 1. Lichtbildvortrag, 1. Malertheaterabend und 1. Weihnachtsfeier, sind noch bei Herrn Photographe Werner, Goethestraße 81 und an der Abendkasse erbärtlich.

* Einzel-Nichtspiele — Hotel Höppler. Der Brunn- und Klusstättungssalon. Die Göttin der Ruten Lateine“ gelangt ab Donnerstag bis Sonnabend in den Einzel-Nichtspielen zur Vorführung. Dieses wundervolle Filmwerk wird sicherlich auch in Riesa seine Ansiedlung nicht verfehlten. Näheres ist aus dem Anzeigentext zu ersehen.

* Moderne Romantik. Es sei nochmals auf den heutigen abend 8 Uhr im Festsaal der Oberrealschule stattfindenden Abend der Literarischen Vereinigung hingewiesen. Franz Ottig, der schon im August d. J. einen Vorlesungsabend veranstaltete, wird eigene Dichtungen vortragen, die von einigen musikalischen Vorträgen umrahmt werden.

Wieder brach er ab und wandte sich um, um ihr in die Augen zu schauen. Und sie bemerkte, wie rasch sein Atem ging, wie seine Pulse schlugen und seine Augen glühten.

„Kommen Sie, wir wollen einen Spaziergang machen,“ sagte er plötzlich ganz unzusammenhängend. Offenbar machte er einen gewaltigen Versuch, das Thema der Unterhaltung zu ändern. „Sie wissen nicht, was es für einen Berliner bedeutet, an einem so herrlichen Frühlingsstag hier herauszutreten. Kommen Sie mit auf die Wiese, zeigen Sie mir die Narzissen und lassen Sie mich vergessen — lassen Sie uns vergessen —“

Er brach wieder ab, als er bemerkte, wie betroffen Angela ihn anlächte. Sie war offenbar von seinem aufgeregten Wesen peinlich berührt, und so bemühte er sich, ruhiger und förmlicher zu reden.

„Ich möchte versuchen, Sie alle Ihre Sorgen und Ihren Kummer vergessen zu lassen. Ich habe gestern den Geheimrat Bierling gesprochen, und er sagte mir, er habe gar keine Hoffnung mehr, Erich wiederkommen zu sehen, und da dachte ich mir, ich wollte herkommen und es Ihnen sagen und Ihnen Trost zusprechen. Geben Sie die Hoffnung auf, liebe gnädige Frau. Sie werden sich dann mit der Zeit beruhigen, denn nichts ist schrecklicher als diese peinliche Ungewissheit. Und wie ich sage, der Geheimrat hält es für ausgeschlossen, daß Sie noch einmal von Erich hören.“

Rolf hielt es nicht für nötig, seiner Zuhörerin zu sagen, daß er Bierling im Ministerium aufgefunden hatte, um von ihm zu hören, doch wenig Aussicht sei. Martens jedoch wiederzusehen. Der Wunsch, es möge Erich da draußen etwas passiert sein, war bei ihm zur eigenen Idee geworden; er ließ die Versuchung immer mehr Herr über sich werden und gab sich gar keine Mühe mehr, sich aus den Maschen des Neuges zu retten, das seine eigene Leidenschaft um ihn wob.

Während er sprach, führte er Angela, die ihm, in ihren Schmerz versunken, willentlich folgte, nach einem dichten Gebüsch am Ende des Gartens, wo gelbe Narzissen in goldenem Glanz erstrahlten und eine Droste ihres melodiösen Lobsangs erstrahlten ließ. Der Garten war gegen den Busch hin durch ein Drahtgitter abgeschlossen, und Angela lehnte sich einen Augenblick auf das Pflaster, das hindurchführte. Sie schaute über die Blätter hin, die sich leise im Windhauch wogen und wunderte sich, daß Rolf plötzlich verstummt war und das Schwelen gar nicht wieder brachte. Sie hatte nach der niederschmetternden Mittelluna, die er ihr gemacht — noch auf ein Wort des

* Der erste Schnee. Nachdem sich bereits in Laufe der vergangenen Woche vereinzelte Schneeflocken in unserer Gegend zur Erde herniedergewagt und mit dem einsetzenden Frost das Nahen des Winters verkündet hatten, präsentierte sich heute morgen — wohl zum allgemeinen Erstaunen — die Natur im prächtigen Winterkleide. Neben Nacht waren plötzlich die Straßen und Wege, Baum und Strauch von einer dichten Schneedecke überzogen worden. Von unserer Jugend wurden natürlich schmunzlig die Schlitten bereitgehalten, und namentlich auf den abschüssigen Straßenseiten herrschte alsbald fröhliches Treiben. Ob diese Winterfreuden von langer Dauer sein werden, ist kaum anzunehmen; in den Wintertagen machen sich bereits die Folgen des verschwindenden Schnees auf den Straßen der Stadt unangenehm bemerkbar.

* Kriegsabschädigte. Kriegshinterbliebene, Rubengebäudeempfänger. 1. Nach Artikel 10 § 6 Absatz 3 der Personalabbausverordnung vom 27. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt I, Seite 999) ist jeder Verpflegungsberberechtigte, der nicht im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienste vermondet wird und neben seinen Verpflegungsbedürfnissen ein steuerbares Einkommen — nach Abzug der darin enthaltenen Verpflegungsbezüge — im Monat Oktober 1923 von über 2000 Mark besitzt, bei Verlust seiner Rente, verpflichtet, der die regelnden Behörde (Verpflegungsamt u.ä.) oder wenn sie ihm nicht bekannt ist, der seine Verpflegungsbedürfnisse abdeckende Nahe bis 30. November einzuzahlen. Auf Reichsgesetzblatt I, Seite 999, Jahrgang 1923, wird besonders hingewiesen. 2. Gemäß Reichsverordnungblatt 23 Nr. 900 wird bekannt gemacht, daß dem Kämpfer im Spruchverfahren (siehe Verfahrensbeschreibung in Verordnungsblättern) im Falle seines Unterliegens vom 1. Dezember 1923 ab eine Gebühr auferlegt wird. Wer jedoch bis zum 30. November 1923 ein bereits anhängiges Rechtsmittel (Berufung, Refur) zurücknimmt, dem kann keine Gebühr auferlegt werden. — Wie werden ferner zur Veröffentlichung folgenden Hinweise gebeten: Die leichte wirtschaftliche Entwicklung hat auf dem Gebiete der Militärversorgung ein erhebliches Durchmischen gebracht, die Empfänger von Verpflegungsbedürfnissen wissen nicht, wann und wo ihre Gebühren bezahlt werden müssen. Die Verpflegungsämter sowie Postämter haben oft ganz enorme Schwierigkeiten zu überwinden, eine Verordnung wideruft die andere, sodass oft nicht die genügende Nachheit über den Inhalt der Verordnungen besteht. Deshalb sei hier nachstehendes zur Auflösung für die Kriegsopfer und zur Erleichterung für die durchdrückenden Behörden gelangt: Bei der letzten Rentenzahlung, die am 19. November stattfand, war zu verzeichnen, daß die Rentenempfänger vollkommen im Unklaren waren, wann und wie die Gebühren zu bezahlen würden. In den früheren Monaten wurde nur am 29. durch die Postanstalten gezahlt, bis auf weiteres wird jeden Monat eine Zwischenzahlung durchgeführt, die am 18. des Monats stattfindet. Die regelmäßige Zahlung bleibt am 29. bestehen. Ist der 18. oder 29. ein Sonntag, findet die Zahlung am Tage vorher statt, wenn nicht andere Bekanntmachung erfolgt. Die Rentenempfänger wollen sich ganz besonders einprägen, daß an den festgesetzten Tagen die Rente abgezogen werden muss, andernfalls erfolgt die Ausstellung am 5. Tage unter Einziehung einer Gebühr. Nur wenn der festgesetzte Tag eingehalten wird, ist es den Behörden möglich, für schnelle Erledigung der Rentenzahlung zu sorgen. Wenn ein Rentenempfänger verhindert ist, an dem Tage die Gebühren abzuzahlen, so kann er jederzeit mit der Abnahme der Rente eine andere Person betrauen, allerdings muß er als Vollmacht die kleine Nummerausweiskarte vorlegen. Darum, Kriegsopfer, mußt euch die Zahlung, dadurch untersichtlich die ausführenden Behörden und eine Verzögerung eurer Angelegenheiten wird vermieden.

* Gegen die unberechtigten Preisesteigerungen. Aus allen Teilen und Bevölkerungsschichten des Landes geben dem Wehrkreiskommando klare Anweisungen, die in Einzelheiten nicht beantwortet werden können. Sie scheinen oft nicht unbedingt zu sein und betreffen Preissteigerungen der notwendigen Lebensmittel wie Fleisch, Wurst, Brot, Margarine und Fett, sowie die Forderung der Bezahlung in werbungsbedürftigem Geld durch den Einzelhandel, obwohl die Papiermark durch Verordnung vom 7. November 1923 ausdrücklich als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt worden ist. Bereits seit dem Erreichen der Gefahrengrenze für den Umtausch von Papier in werbungsbedürftiges Geld unter den heutigen Umständen als unvermeidbares Übel hingenommen werden muss, so ist das Ausnutzen dieses Umstandes zu unbedingt, in Einzelfällen mehrere 100% gegen den Friedenspreis betragende Preissteigerungen um so verwerflicher, als es die armen Bevölkerungsschichten am härtesten trifft. Besonders er-

Trotzles gehofft. Es kommt, es vorzieht nicht sein, doch ließ mich nie wiedersehen sollte, es mußte noch eine Hoffnung geben.

Als aber Minuten auf Minute verrann, ohne daß ein Laut über Rosas Lippen kam, da wandte sie ihren Blick von den Blumen ab und wollte ihn eben anreden, da begann sie einem Ausdruck in ihren Augen, der sie entsetzt verstummen ließ und ihr alles Blut zum Herzen jagte.

„Angela!“ In heiserem Tone kam der Name von seinen Lippen. Er beugte sich über sie und ergriß ihre beiden Hände. „Angela! Ich hatt's nicht mehr aus, ich kann nicht länger schwiegen! Ich kann's nicht mehr mit ansehen, wie du dies einfache Leben fühst und dich verzehrt vor Sehnsucht. Ich weiß, dein Herz schreit nach Liebe, und du sollst sie haben!“ Und er lachte ein schrilles, mißhörndes Lachen, das die junge Frau entsetzt zurückwarf.

„Ich — verstehe — Sie — nicht!“ rief sie und versuchte vergeblich ihre Hände seinem eisernen Griff zu entziehen. „Sie sind sehr, sehr gut — gegen mich geweisen,“ sagten sie in atemlosen, abgerissenen kleinen Sätzen. „Sie haben alles — getan, was nur — ein Mensch tun konnte. Ich habe mich auf — Sie gestützt — als Erichs Freund.“

„Rennen Sie das Wort nicht,“ unterbrach er sie heftig. „Sie sollen mich nicht als keinen Freund betrachten, auch nicht als Ihren — überhaupt nicht als einen Freund!“ Angelas offensichtliche Angst, das Entsetzen, das aus ihren schönen Augen sprach, verließte ihn in ein wahres Fieber der Aufregung. „Angela, weisst du denn nicht, daß ich dich liebe, daß ich dich anbete, du Süße, du Schöne!“

Die junge Frau erblaßte bis in die Lippen und starre ihn in Todessang an.

„Um Himmels willen,“ rief sie, „was reden Sie? Wie können Sie? Sie vergessen!“

„Nicht vergesse ich,“ stotterte er wildend. „Im Gegenteil, ich erinnere mich sehr genau, und ich sage dir, ich liebe dich bis zum Wahnsinn!“

„Still!“ Mit Aufwand ihrer ganzen Kraft riß sie sich von ihm los. Der Bogen sprühte aus ihren Augen, und entrüstet schleuderte sie ihm die Worte entgegen: „Wie dürfen Sie es wagen, so zu mir zu sprechen! Niemand hat das Recht mit solche Worte zu sagen als mein Mann!“

„Ihr Mann!“ Das Wort schien Stern zur hellen Welt zu reißen. „Ihr Mann! Pah! Was ist er Ihnen und Sie ihm! Am Hochzeitstag hat er Sie verlassen, er ist nachgewisenermaßen ein Verdrücker an König und Vater-Mutterluna.

höheren auf die Fälle der Preissteigerung, wo nicht nur die Preishemmung nach Goldmark erfolgt, sondern auf Zahlung in wertbeständigen Mitteln gebracht wird. Wer leginderten Anlaß zu haben glaubt, daß im Einzelfalle Bußer vorliegt, erkläre Anzeige bei der Kriminalpolizei oder der Staatsanwaltschaft. Die Peine reichen zur Bestrafung solcher Volkschädlinge aus. Der Geschädigte muß dabei über den Mut zur Anzeige haben, dieser Mut wird oft nicht aufgebracht und deshalb trifft die Schuld an den Zuständen zum großen Teil das Landes- und Behörden angehäuft, gegen Verstöße gegen die Schuldenkraft der ihm verliehenen vollziehenden Gewalt mit der ganzen Strenge des Gesetzes einschreiten.

— Wertbeständiges Geld für die Krankenkassen. Der Reichsberndungskommissar bat, nach einer Meldung der „Dr. Maier“ (D.G.) entweder einem Antrag des Uba. Ahle (D.G.) veranlaßt, daß allen Krankenkassen der Umtausch ihrer täglichen Papiergeldsummen in wertbeständige Zahlungsmittel bei der Reichsbank ermöglicht werde. Die Entscheidung hat zur Folge, daß die Krankenkassen nunmehr in die Lage kommen, sich vor den riesigen Inflationsverlusten zu hüten, die sie an den Stand des Drins gebracht haben. Da die Krankenkassen zurzeit keine Rücklagen mehr machen können, so ist die Haftpflicht von Rentenmark bei ihnen ausgeschlossen. Die Kosten geben diese Zahlungsmittel restlos den Arzten, Apotheken, Kranken und ihren Angestellten. Auch diese Personen können nicht Zahlungsmittel benötigen. Auch sie nimmt die wirtschaftliche Lage, diese Zahlungsmittel sofort in Waren umzutauschen und damit die Rentenmark in den Verkehr zu bringen, womit auch den Absichten der Rentenbank am besten genügt ist.

— Die Finanzlage der ländlichen Gemeinden. Von der Geschäftsstelle des Sächsischen Gemeindetages erhalten wir folgende Befürchtung: Die Reichsregierung hat auf Grund des Ernächtigungsgesetzes unter dem 30. Oktober 1923 eine Verordnung zur Abänderung des Schlichtungswesens erlassen und alle Einheitsstreitigkeiten mit Wirkung vom 1. Januar 1924 den Arbeitsgerichten überwiesen. Bis zur Errichtung allgemeiner Arbeitsgerichte gelten als solche die gemeindlichen Kaufmanns- und Gewerbegegerichte. Diese Verordnung bedeutet eine außerordentliche neue Mehrbelastung der gemeindlichen Gerichte, die ohne Einstellung neuer Richter und Vermehrung des Staatspersonals nicht gedeckt werden kann. Dabei bedeutet die Verweisung an die Kaufmanns- und Gewerbegegerichte auch eine Er schwerung des Verfahrens und damit eine weitere Verzettelung. Diese Verordnung ist erschinen in gleicher Zeitpunkten, in dem den Gemeinden ein weitgehender Abbau ihres Beamten- und Angestelltenapparates auferlegt werden soll. Sie steht aber vor allem im strittenen Gegenseite zu § 50 des Finanzausgleichsgesetzes, wonach den Gemeinden keine neuen Aufgaben auferlegt werden dürfen, ohne daß ihnen gleichzeitig die entsprechenden Mittel zur Durchführung der Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Bei der Finanzlage der Gemeinden, deren durchbare Ernst der Allgemeinheit noch gar nicht genug bekannt ist, stehen daher die Gemeinden vor der Frage, ob sie die Übernahme dieser Aufgabe nicht ablehnen müssen. Entsprechende Verhandlungen mit den Reichs- und Landeshördern sind im Gange.

— Die neuen Eisenbahn-Grundpreise für die 1. und 2. Wagenklasse. Von der Eisenbahngeneraldirektion wird geschrieben: In einem Teil der Tageszeitungen wird die Verbilligung der Fahrtpreise 1. und 2. Klasse abfällig besprochen und als unbedingtes Entgegenkommen gegenüber den bestehenden Kosten, insbesondere den Ausländern, hingestellt. Diese Ausschlüsse lassen die Erhöhung der bisherigen Sätze der 1. und 2. Klasse völlig unverhüllt. Die Preise der 1. und 2. Klasse sind während des Krieges und nachher wiederholt weit stärker erhöht worden, als die der 3. und 4. Klasse. Die höhere Belastung der 1. und 2. Wagenklasse war bei den Papiermarktpreisen in der Absicht erfolgt, durch schärfere Sanierung der höheren Klassen brennenden Zahlungsfähiger Kreise, aus der Ausländer, die Personalfahrtpreise für die 3. und 4. Klasse zu entlasten. Solange die Erhöhung der Eisenbahnklasse weit hinter der Erhöhung der übrigen wichtigsten Lebensbedürfnisse zurückblieb, war die Tarifgestaltung bedingt, zumal sie eine wirtschaftliche Ausnutzung der beiden Pferdklassen gewährte. Dies wurde sofort anders, als die Personalfahrten auf Goldwährung umgestellt wurden. Gegenüber einer Staffelung von 2,2 zu 3,8 zu 5,13 zu 8,12 Pf. (technisch Verkehrssteuer) für das Tarifkilometer in den Klassen 1 bis 1 im Jahre 1914, ergab sich nunmehr ein Verhältnis von 2,2 zu 3,8 zu 9,0 und 11,8 Goldpfennigen vom 1. November 1923 an. Während im Frieden die 2. Kl. etwa zweimal so teuer war wie die 4. Klasse, war sie nun rund viermal so teuer geworden wie die 4. Klasse; bei der 1. Klasse lag das Verhältnis sogar vom Dreieinhalf- bis Vierfachen auf das Neunfache. Das sind Sätze und Spannungen, die kein Land Europas kennt; sie bewirkten eine außerordentliche Abwanderung in untere Klassen und eine unwirtschaftliche Ausnutzung der zwei Pferdklassen. Ausländische Reisende mussten, zumal bei den deutschen Auswanderungen der fremden Valuten, das Wechsle bezahlen, wie in ihrer Heimat, und nicht Deutschland, was nicht nur alle Kosten und andere Gewölfe, sondern die ganze deutsche Wirtschaft zu führen befam. Gerade auch wegen des Durchgangsverkehrs von und nach dem Auslande kann auf die 2. und 1. Klasse nicht verzichtet werden. Der jetzige Aufbau des Tarifs mit Kilometerrängen von 2,2 Goldpfennigen in der 4. Kl. in der 2. 6,8 in der 2. und 12,2 in der 1. Klasse belastet auch jetzt noch die 2. und 1. Klasse viel stärker, als im Frieden, und als die 3. und 4. Klasse, für die die Friedenssätze Anwendung finden. Unter diese herabzugehen, vermag die Reichsbahn ebenso wenig wie die Eisenbahnen unserer Nachbarländer.

— Die Markenversorgung der Postanstalten erfordert wegen der am Montag dem 26. eingetretene Befreiung der Postgebühren (Briefmarkensteuer liegt 30 Milliarden Mark) besondere Vorkehrungen. Marken zu den erforderlichen hohen Preisen haben für die wenigen Tage der Geltungsdauer des erhöhten Tarifs in Papiermark nicht mehr herausgebracht werden können, weil die Reichspostdirektion mit allen Kräften besteht sein muß, genügend Vorräte von den zum 1. Dezember erforderlichen wertbeständigen Marken in Rentenmarkwährung herzustellen. Die Postverwaltung hat daher, um keine Verlegenheiten aufkommen zu lassen, zu dem bereits gemeldeten Auskunftsmitteil geprüft, bis Ende November die vorhandenen Marken zum Viersachen ihres Nennwertes verkaufen und bei der Freimachung viersach anrechnen zu lassen. Dieses Verfahren gilt nur bis zur Einführung wertbeständiger Gebühren und Marken, also bis zum 1. Dezember. Von diesem Tage an können die Marken der festigen Art der Papiermarktwährung, wenn sie ausnahmsweise noch zur Freimachung verwandt werden, nur zum einfachen Nennwert angerechnet werden. Das Publikum wird daher auf ihn, um Verluste zu vermeiden, sich in der laufenden Woche beim Kauf von Marken auf den voraussichtlichen Bedarf für diese wenigen Tage zu beschränken.

— Der Ersatzbetrag für Postpäckchen ohne Wertangabe ist auf 200 Milliarden Mark für je 500 Gramm der ganzen Sendung und für eine eingeschriebene Sendung auf zwei Billionen Mark erhöht. Die neuen Räte

Bestellungen bei der Post

für Monat Dezember 1923 auf das „Meißner Tageblatt“ zum Preis von 5 Goldmark werden nur bis 1. Dezember 1923 angenommen. Den Preisverzug des „Meißner Tageblatts“ zum angegebenen Preise vermittelt auch die Geschäftsstelle in Meißen, Goethestraße 59.

gelten für die vom 20. November ab aufgelieferten Sendungen.

— Neuordnung des Schlichtungswesens. Die in der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. 1 S. 1048) vorgesehenen Ausführungsbestimmungen werden demnächst ergeben. Sie werden insbesondere auch Bestimmungen über die Ergänzung des Rechtsvertrages der Gewerbegegerichte und Kaufmannsgerichte durch Einsitzung von Beisitzern aus den bei ihnen bisher nicht vertretenen Berufen (z. B. aus der Handelswirtschaft), über die Möglichkeit der Errichtung von Hochämtern und über das Verfahren der Schlichtungsabschüsse, Gewerbegegerichte und Kaufmannsgerichte nach der Verordnung enthalten.

— Die Zahl im Eisenbahnbau. Eine auswärtige Privata wurden am 18. November bei einer Eisenbahnschau von Leipzig nach Dresden ein Reisebüro mit Leib- und Bettwäsche aus weitem Dom und Leinen, mehrere Kleider, Wäschel und Nöte und verschiedene andere gekauft. Die Leib- und Bettwäsche ist „R. C.“ gekauft.

— Die Reichswehr verläßt Sachsen. Wie die Tel.-Union erhält, beginnt heute der Abtransport der in Sachsen befindlichen Reichswehrverbündungen. Er soll bis zum 28. November abends beendet sein.

— Die „Dresdner Volkszeitung“ eröffnet wieder. Das Wehrkreiskommando hat folgende Verordnung erlassen: Nachdem die Abordneten Beisitz und Abstimmung von der BVPD, dem Militärseelsorger, befriedigende Versicherungen über die künftige Haltung der „Dresdner Volkszeitung“ abgegeben haben, ist insbesondere mit Rücksicht auf die Wirkung, die ein längeres Verbot auf die Arbeiter und Angestellten ausübt, das Wiedererscheinen der Zeitung vom 26. d. Monats ab wieder gestattet worden.

— Vorgehen gegen die Goldmarkverkäufer. Das Preisdienst des Polizeiviertelsdiums teilt folgendes mit: In der letzten Zeit ist in der Tagespresse wiederholt vor den Goldmarkverkäufern gewarnt worden. Es wird verucht, von Arbeitern, die wertbeständiges Geld bekommen haben, dieses gegen Papiermark zum Teil zu höheren Kurzen einzutauschen oder zu kaufen. Es geschieht dies schon beim Verlassen der Arbeitsstelle. Die Arbeiter sind sich der Gefahr meist gar nicht bewußt, der sie sich und ihre Familie aussehen, wenn sie das endlich erhaltenen wertbeständige Geld, sei es auch zu einem höheren Preise, gegen Papiergeld solchen Händlern überlassen. Bei der so überstürzenden Marktentwertung bleiben sie am Ende die Geprägten. Das Wehrkreiskommando hat demnächst angeordnet, daß solchen Schädlingen am deutschen Volkskörper ihr unanberührbar Treiben gezeigt werde. Die Polizeibeamten sind angewiesen worden, solche Aufläufer und Wechsler festzuhalten.

— Wilelm b. O. freiwilliger Einwohnerkampf. Um den in letzter Zeit hier vorgenommenen Diebereien und Einbrüchen Einhalt zu bieten, ist hier ein freiwilliger Einwohnerkampf gebildet worden, der sich aus allen Kreisen, gleich welchen Standes und Partei zusammenstellt und nichts regelmäßige Patrouillenfahrten mit aufnimmt. Das Wehrkreiskommando in Borna hat die Genehmigung zu diesem Nachschub erteilt, zumal alle Politik ausgeschaltet ist. Die Beteiligung ist gut und der Dienst wird gern mit ausgeübt, zumal der Schutz ja jeden Einwohners Hab und Gut zugeteilt kommt.

— Großenhain. Tot aufgefunden wurde am Sonntag morgen in ihrem Bett ein 17jähriges Hausmädchen von hier. Uncheinend liegt Unfallstall durch Gasvergiftung vor. — Der „Tel.-Ull.-Sachsenpost“ meldet: Die Münzstalmauer haben ihren Betrieb einstellen und ihre Belegschaft vorläufig entlassen müssen. Der Grund liegt in der Fahrlosigkeit des Münzminister R., gegen den Untersuchung beantragt und der eine Abteilung Reichswehr in Schußhaft genommen worden ist.

— Großröhrsdorf. Am Freitag nachmittag überfuhr der von Chemnitz nach Bautzen verkehrende Personenzug am Straßenübergang der Großpostmüh-Todesmüh-Straße das Reichsamt des Fleischermeisters und Großbutchers Beck aus Sloboda an der Spree. Beck hatte verucht, die Bahnleise noch vor dem Nahen des Zuges zu überqueren. Der Wagen wurde aber vom Zug erfaßt. Beck wurde getötet, während seinem Schwiegervater ein Bein und einige Finger abgebrochen wurden. Der Wagen wurde völlig zertrümmer, daß Beck hatte sich losrissen und blieb unverletzt. — Wiesbaden. Das blindwütige Schießen hat hier zu einem verhängnisvollen Vorfall geführt, der den Tod eines Menschen im Gefolge hatte. Zwei Einwohner von hier trafen auf einem Gang nach Tettau mit dem Maurerpolizist L. zusammen, der eine Stockfritte bei sich führte, wovon die beiden erwähnten Personen jedoch keine Kenntnis hatten. Da sie denselben Weg hatten, gingen sie mit L zusammen. Unterwegs schoß dieser einen Salven. Kurz darauf wurden alle drei von dem Sohn des Jagdpächters und noch einem Jäger getötet, worauf der Maurerpolizist nach Kurz und der Mutterforderung, stehen zu bleiben, dem Sohn des Jagdpächters einen Gegenstand entgegenhielt, den dieser für eine Waffe hielt. Er feuerte nunmehr in vermeintlicher Notwehr mehrere Schüsse ab, wodurch der Maurerpolizist getötet und der eine der beiden blutigen Einwohner verletzt wurde. Der Verletzte selbst soll bei dem bedauerlichen Vorfall gänzlich unbedingt gewesen sein und nicht im entferntesten den Gedanken der Wilderei gegeben haben.

— Chemnitz. Von der städtischen Nachrichtenstelle wird geschrieben: Durch dankenswerte Vermittelung des bislangen Reichswehrkommandos wird es in den nächsten Tagen möglich sein, Lebensmittel zu verbilligten Preisen an die Chemnitzer bedürftige und notleidende Bevölkerung abzugeben. Zur Zeit ist dem Lebensmittelamt von dem Major Wengen vom Reichswehrkommando ein Waggon Schmals zugewiesen worden. Das Schmals wird in den nächsten Tagen zum Preise von 60 Goldpfennigen für das Pfund durch die von der Stadt beauftragten Stellen an die bedürftige Bevölkerung zur Verteilung gelangen. Befriedigt werden ist weiter vom Reichswehrkommando die Belieferung von Bautzen, Meißen, Döbeln-Lichtenau in größeren Mengen. Sobald diese Lebensmittel eingehen, werden sie in gleicher Weise an die bedürftige Bevölkerung zu billigen Preisen abgegeben werden können.

Gesetzliche Sitzung des Bezirksausschusses

— Die gesetzliche Sitzung des Bezirksausschusses fand am Sonnabend, den 24. November 1923, vormittags 9 Uhr im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Großenhain statt.

Kenntnis genommen wurde von dem Stande der Schließung der Kinderheimstätte Dresden.

Genehmigt wurden die Gesuche Kirche, Anna Luisa, Bärwald und Lößnitz, Max Otto, Mehltheuer, Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs — Wandelgewerbechein —; das Gesuch Mammitzsch, Louise, Rünnhirsch, Handel mit Lebensmitteln; der 11. Rüttung zur Gemeindehau-

ordnung Möhra, Hundstein bet., mit der Mahnung, daß die beantragte besondere Besteuerung der Jagdhunde wegzufallen hat. Genehmigung fanden weiter die Gesuche Lau, Martha, Oellitz, Werner, Martha, Möhrer, Krebsmar, Erich, Mengel, Otto, Gack, Kleinchen, Marie, Treugebäck, Betsch, Heinrich, Krause, Tielemann, Auguste, Ludwig, Seitz, Arthur, Gladig, Hölsberg, Kuno, Mehltheuer, Frohberg, Mehltheuer, und Portig, Alfred, Mehltheuer, Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs bet., das Gesuch Höhne, Alfred, Gottlob, Peter, und Brannenwuchsank im Grundstück Ortsd. Nr. 20 für Herda bet., der Höchstzoll der Chancräuberin soll in Ansatz kommen.

— Bugesheim wurde dem Ortsrat über die Vereinigung der einen Gemeindeverband bildenden Ortschaften Glashütte, Sageritz und Langenberg zu einer Gemeinde.

Als Sachverständige für Erneuerungszwecke auf das Jahr 1924 wurden die bisherigen Herren wieder für das Jahr 1924, jedoch anstelle des Obstbauschwabendigen Oberlehrer Wolanke in Burzen der Obstbaudirektor Grau, hier, gewählt. Werner als Vertreter auswählbar für die Nachhilfe zur Schule und Geschworenenwahl auf das Jahr 1924 die bisher amtierenden, noch am Leben befindlichen und noch am bisherigen Ort wohnhaften Herren wurden einstimmig wiedergewählt. Anstelle der durch Wegzug bezeugt, Tod ausgeschiedenen Vertreternen Männer Gemeindeältester Schmidt und Gemeindeschreiber Bennewitz wurden einstimmig die Herren Handlungsbüro Durmann-Mörla und Getreidehändler Donath-Glaubitz gewählt. Im das Bezirksamtsamt für Kriegsverletzte wurde Gewerkschaftsbeamter Herkamp als Stellvertreter für Gruppe C des Bezirks gewählt.

Abgelehnt wurde der von der Stadt Nadeburg auf Einwirkungszweck der Getränkesteuer gestellte Antrag.

Auf die Gesuche Thomas, Friedrich, Kleinrichart, Kurt, Gehre, Lichtensee, Arthur Götz, Wollersdorf, Max Barth, Mergendorff, Willi Hoffmann, Medingen, Handel mit unedlen Metallen bet., beschloß der Bezirksausschuß, die Gesuche Thomas, Gehre, Götz abzulehnen unter Beachtung des Gutachtens der Gewerbezammer, im Falle Gehre vom 14. 10. 1923 Beachtung zu versagen und es bei dem obliegenden Reichsamt zu beenden zu lassen, das Gesuch Hoffmann zu genehmigen. Errichtung eines Gewerbebergs in Großenhain bet., wurde befohlen, ein Gewerbebergs in Großenhain zu errichten. Die Frage, ob das Gewerbebergs an der Amtshauptmannschaft oder beim Stadtrat zu errichten ist, vom Ergebnis weiterer Verhandlungen, insbesondere vom Ergebnis der Verhandlungen über die Kostenfrage abhängig zu machen; nach Abschluß der Verhandlungen eine nochmalige Erneuerung des Bezirksausschusses herbeizuführen.

Die nichtöffentliche Sitzung wurde über 6 Punkte beschluß gefaßt.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 27. November 1923.

Die Beschwerde der Deutschen Gewerbegegerichte gegen das Verbot ihrer Partei.

— Berlin. Auf die von dem deutschösterreichischen Reichstagsabgeordneten Henning beim Reichspräsidenten eingezogene Beschwerde gegen das Verbot seiner Partei ist ihm mitgeteilt worden, daß der Reichsminister des Innern mit der Bedeutung der Beschwerde beauftragt worden ist.

Rechtsstaatliche Demonstrationen in Stuttgart.

— Stuttgart. Das „S. L.“ meldet: Durch das Stuttgarter Polizeipräsidium wurden die Geschäftsräume der von General v. Seestadt verbotenen Parteien geschlossen, nachdem Durchsuchungen und Verhaftungen vorher erfolgt waren. Auch bei den Vorstandsmitgliedern der „Freiheitspartei“ und der anderen aufgelösten Organisationen wurden Durchsuchungen vorgenommen. Während die Kommunisten den Ausbildungsbüro des Generals v. Seestadt, den gestern das Polizeipräsidium durchführte, nach außen hin ruhig aufnahmen, hielten es die rechtsextremen Verbände für geraten, am Sonnabend in den späten Abendstunden auf die Straßen zu gehen und zu demonstrieren. Etwa zweihundert junge Deutsche, meist Gymnasiaten, sogenannter „Berantwortlichen“ von der Silberburg nach der Königstraße. Als sie unterwegs von der Polizei aufgefordert wurden, auseinanderzugehen, leisteten sie Widerstand. Hierbei wurden etwa sechzig Verhaftungen vorgenommen.

Ergebnislose Verbrechungen mit den Franzosen. — Köln. Die Besprechungen, die Vertreter der Organisationen der Arbeitnehmer und Beamten aus dem Bergbau mit den Franzosen in Düsseldorf abhielten, und die neben den Verhandlungen der Wismut mit dem Bergbauamt verhandelten, sind nach Informationen der „Köln. Sta.“ völlig ergebnislos verlaufen. Die Organisationen der Arbeitnehmer erkundigten sich bei den Franzosen, wie die volle Industrienahme des Generals v. Seestadt, den gestern das Polizeipräsidium durchführte, nach dem Ergebnis möglich war. Auch bei den Vorstandsmitgliedern der „Freiheitspartei“ und der anderen aufgelösten Organisationen wurden Durchsuchungen vorgenommen. Während die Kommunisten den Ausbildungsbüro des Generals v. Seestadt, den gestern das Polizeipräsidium durchführte, nach außen hin ruhig aufnahmen, hielten es die rechtsextremen Verbände für geraten, am Sonnabend in den späten Abendstunden auf die Straßen zu gehen und zu demonstrieren. Etwa zweihundert junge Deutsche, meist Gymnasiaten, sogenannter „Berantwortlichen“ von der Silberburg nach der Königstraße. Als sie unterwegs von der Polizei aufgefordert wurden, auseinanderzugehen, leisteten sie Widerstand. Hierbei wurden etwa sechzig Verhaftungen vorgenommen.

Österreichs Deutschlandhilfe. — Wien. Im Verein „Niederwald“ fand in Altmenschenheit des deutschen Gebäuden Dr. Weißer eine Feier statt, deren Beitrag — über zwei Millionen Kronen — der Deutschlandhilfe gewidmet wurde.

Der polnisch-englische Handelsvertrag unterzeichnet.

— Warschau. Gestern wurde im Ministerium des Auswärtigen der polnisch-englische Handelsvertrag unterzeichnet.

Vermischtes.

Grauenmord im Osten Berlins. Eine schwere Bluttat ist gestern nachmittag im Osten Berlins verübt worden. In der Rominter Straße 8 wurde die Portierfrau Detloff in ihrer im Erdgeschoss des Queregebäudes befindlichen Wohnung ermordet aufgefunden. Die Leiche lag unter einem Bett und zeigte über dem rechten Auge eine große Wunde und am Halse starke Würgemerkmale. Frau Detloff, die mit ihren fünf Kindern noch nicht lange in dem Hause wohnte, stand in den fünfziger Jahren. Ihr jüngster Sohn, der noch nicht erwachsen ist, spielte gestern nachmittag auf der Straße. Als er wieder die Wohnung aufsuchen wollte, aber keinen Eintritt fand, ließ der Schwiegerson die Tür gewaltsam öffnen. Jetzt stand man Frau Detloff wie oben geschildert vor. Die Werdkommission des Berliner Kriminalpolizei wurde sofort benachrichtigt. Die Frage nach dem Täter ist noch völlig ungeklärt, da man auch der eigentlichen Urtheil des Verbrechens noch nicht auf die Spur gekommen ist.

Börsenwirtschaftliches.

Herrschung des Milchpreises in Goldmark. In Ausführung des Beschlusses des Sächsischen paritätischen Milchpreisausschusses vom 22. 8. Mis. gibt die Landespreisprüfungsstelle folgende Regelung der Milchpreise und Zuschläge mit Wirkung ab 26. 8. Mis. bekannt: Die Herrschung der Milchpreise erfolgt in Goldmark. Die Zahlung des Händlers an den Erzeuger ist nach Möglichkeit täglich, mindestens aber zweimal wöchentlich zu leisten, und zwar zum amtlichen Goldmarkttag des Lieferungsabages. In dem Falle, das Lieferung und Verkauf auf einen Tag fallen, erfolgt die Berechnung zum Kürse des Vorages der Lieferung. Ab 26. November beträgt der Preis für 1 Liter Vollmilch, gekühlt, ab Stall 16 Goldpfennige. Der Aufzugszuschlag beträgt unter 5 Kilometer 0,5 Pf., über 5 Kilometer 1 Pf. Der Zuschlag für molkefreimilchige Belebung (Buttermilch, Kefir) durch gewerbliche Landwirkerien für 1 Ltr. Vollmilch frei Bahnhofstation beträgt 24 Prozent vom Milchpreis. Herrschung und Bekanntgabe des Verstetigungspreises (Kleinverkauf des Erzeugers an Verbraucher), des Kleinverkaufspreises des Handels erfolgen, zweimalig in Goldpfennigen ausgedrückt, durch die örtlichen Preisprüfungsstellen in Vereinbarung mit den Interessenten. Als angemessene Verstetigungspreise sind in ländlichen Gebieten 18 Pf., in industriellen 20 Pf. für 1 Ltr. Vollmilch anzusehen. Beisätzlich bei Handelspannen wird auf die von der Landespreisprüfungsstelle in Vereinbarung mit dem Sächsischen Milchpreisausschuss in Nr. 24 der "Sächsischen Staatszeitung" bekanntgegebenen Höhlinnen verwiesen. — In den schwierigen Produktionsgebieten (Höhenlage 500 Meter) kann nach Notwendigkeit von den örtlichen Preisprüfungsstellen ein etwas höherer Stallspreis gewährt werden. — Die festgesetzten Preise sind von der örtlichen Preisprüfungsstelle der zuständigen Bezirksstelle der Landespreisprüfungsstelle mitzutragen, ebenso etwaige später erfolgten Änderungen; die Verpflichtung zur laufenden Milchpreismeldung bis 20. jeden Monats kommt in Wegfall. Die örtlichen Preisprüfungsstellen haben die Milchpreisgestaltung scharf zu beobachten. Die nach vorhergehenden Säben und Abschlüssen festgelegten Milchpreise sind Marktweite im Sinne des Preisstreitbereichs. Wer Überschreitung fordert oder gewährt, ist strafrechtlich verfolgt.

Güterverkehr nach dem besetzten Gebiet. Trotz Aufgabe des passiven Widerstandes und Melbung und Einstellung deutscher Eisenbahnen beim Betrieb ist noch keine wesentliche Erleichterung des Verkehrs eingetreten. Die Vermögensaufnahmen der deutschen Regierung, namentlich der Reichsbahn, den Übergangsbetrieb mit der Regie zu regeln, waren bisher erfolglos. Eine allgemeine Waggonübergabe und Übernahme an und von der Regie findet infolgedessen noch nicht statt. Nur für den Verkehr mit Lebensmitteln bestehen teilweise Erfahrungsregeln. Die für den Verkehr nach den deutschen Betrieben befindlichen Stationen des besetzten Gebietes noch verbliebenen Zufuhrtore sind wenig leistungsfähig. Zur Vermeidung von Verstopfungen müssen daher die Annahmestellen vorerst bestehen bleiben. So weit es die Betriebslage gestattet, bemühen die zuständigen Stellen, die bei den Güterabfertigungen erfragt

werden können, auf Antrag Spezialabnahmen. Den Anträgen müssen ausgedruckte Frachtbriefe und Freimischzölle für die Rücksendung beigelegt werden. Für Lebensmittel, Vieh, Arzneimittel, Apothekerwaren und Umsugdauern nach den Stationen der Reichsbahndirektionen Elster, Elberfeld und Köln sind zurzeit keine Beförderungsschränkungen erforderlich. Die Zollgrenze zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet besteht noch. Für nach dem Interessierten Goldkar zollpflichtige Güter ist außer der etwa erforderlichen eisenzulastigen Beförderungserlaubnis die Einführungserlaubnis der Befragung nötig. Diese wird zweimalig durch den im besetzten Gebiet wohnenden Empfänger eingeholt. Die Einführungserlaubnis muß dem Aufzuge des Gutes am Frachtbrief dauerhaft befestigt sein. Zollpflichtige Güter werden nur dann ohne Belag der Einführungserlaubnis zur Beförderung angenommen, wenn die Einführungserlaubnis bei dem zu verübenden Kontrollposten der Befragung hinterlegt ist und die Hinterlegung im Frachtbrief durch die Reichsbahndirektion Elster in Hamm bestätigt. Generalbetriebsleitung West Elberfeld im Frachtbrief bestätigt ist.

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenbörsen in Großenhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 24. November 1923: Preise in Goldmark: Weizen 9,- bis 9,50, Roggen 9,- bis 9,50, Hafer 7,70 bis 8,-, Sommer-Gerste 8,80, Mais 11,-, Rizie 5,-, R. u. W. Stroh 0,80 bis 1,-, Heu 2,50 bis 3,-, Kartoffeln 2,50 bis 3,-, Weizenmehl 70,- bis 75,-, Roggenmehl 70,- bis 75,- per 50 Kilogramm. Die Preise vertheilen sich für den Sennert in Mengen unter 5000 Kilogramm.

Trebnauer Schlachthofmarkt am 26. November. Auftrieb: 1. Kinder: 135 Schafe, darunter 107 ausländische, 44 Küsten, davon 14 ausländische, 112 Kalber und Kühe, davon 2 ausländische, 2. 220 Küller: 3. 135 Schafe; 4. 190 Schweine, davon 57 Ferkel und 54 ausländische. Außerdem zu sofortigen Schlachtung, also nicht auf dem Markt gestellt: 187 Schafe, 3 Küsten, 1 Ferkel, 75 Küller, 121 Schafe, 287 Schweine. Preise in Millionen Mark für 1. Kilogramm: Schweine, 1. vollfleischige, ausgemästete Schlachtewurst bis zu 6 Jahren 830 bis 850 (1527), 2. junge Fleischkühe, nicht ausgemästet, ältere ausgemästete 760 bis 800 (1500), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 600 bis 700 (1382), 4. gering genährte jungen Alters 300 bis 500 (1000). Küsten: 1. vollfleischige, ausgemästete Kalber, höchste Schlachtewurst 830 bis 850 (1527), 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe, höchste Schlachtewurst bis zu 7 Jahren 760 bis 800 (1500), 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalber 600 bis 800 (1272), 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalber 350 bis 450 (1000), 5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalber 250 bis 300 (810). Küller: 1. Doppellender —, 2. beste Maife- und Saugküller 830 bis 920 (1450), 3. mittlere Maife- und gute Saugküller 760 bis 820 (1316), 4. geringe Küller 600 bis 700 (1180). Schafe: 1. Mastkümmern und jüngere Mastkümmern 1150 bis 1250 (2400), 2. ältere Mastkümmern 900 bis 1000 (2110). Schweine:

Amtliches.

I. Als Reichsmiete für Monat Dezember sind in Niela folgende jährliche Zuschläge zur Grundmiete festgesetzt worden:
1. Grundmiete 1 Grundmiete
2. Rindendienst 2 Grundmieten
3. Betriebskosten einschl. der Paus-
mannsarbeiten als Verein-
nungsgebld 38 200 000 000
4. Verwaltungskosten 1 800 000 000 :
5. Ide. Zustandeszugs-
arbeiten 30 000 000 000 :
6. große Instand-
haltungsarbeiten 10 000 000 000 :
insgesamt jährlich 80 000 000 000 Grundmieten,
also für den Monat Dezember 6 666 666 667
Jahresgrundmiete.

II. Die gesetzliche Untermiete möblierter Zimmer ist vom 25. November 1923 an in der Weise zu berechnen, daß 25 v. H. der Friedensmiete des möblierten Zimmers mit der wöchentlich vom Statistischen Reichsamte festgestellten und veröffentlichten Reichsrichtzahl für Lebenshaltungskosten verrechnet werden. Das Ergebnis ist der Grundpreis. Beispiel: Friedensmiete 25 M. 25 v. H. — 6,25 M., die mit 831 000 000 000 (rechte Reichsrichtzahl) vervielfältigt = 5 198 750 000 000 M. monatlich oder 14 118 750 000 000 M. wöchentlich (5 198 750 000 000 : 30, 7).

Unter diesem Grundpreise hat der Untermieter zu den Nachzahlungen des Hauptmieters (Betriebskosten usw.) gemäß Punkt XII. der Ausführungsbestimmungen der Stadt Niela anteilig beizutragen. Punkt XII. der Ausführungsbestimmungen lautet: Hat der Unter Vermieter auf Grund der Abrechnung über die Betriebskosten oder sonst im Reichsmietengesetz begründete Nachzahlungen an den Mietzuschlägen zu leisten, so sind diese Nachzahlungen nach der Lopshahl auf die Bewohner der Wohnung zu verteilen.)

In dem Grundpreise sind inbegripen:

1. die leere Miete, jedoch ohne Nachzahlungen zu den Betriebskosten usw. mit (1 v. H. der Friedensmiete)
2. Entschädigung für Benutzung u. Nutzung d. Einrichtungen mit (10 ...)
3. Zimmerreinigung (Arbeitsleistung und Material) mit (7 ...)
4. Beitrag zur Reinigung der vom Untermieter mitbenutzten übrigen Teile der Wohnung, wie Korridor, Klosett, Treppe und dergl.) (2 ...)
5. Verdienst (5 ...)

Summe: 25 v. H. der Friedensmiete.

Der vorgenommene Gesamthundertsatz von 25 v. H. erhöht sich

- a) durch die Vergabe von Bettwäsche und Handtüchern für je eine Person um 3 v. H. der Friedensmiete
- b) für Bedienung (Reinigen von Kleidern und Schuhen) für je eine Person um 3 v. H. .
- c) für die Zimmerreinigung für die 2. und jede weitere Person um 5 v. H.

Die Zimmerreinigung nicht vereinbart, so vermindert sich der Grundpreis um 7 v. H.

All. Rückenmietentnahme ist 1/2 des Betriebs zu

zahlen, der von der Gesamtmiere der Wohnung auf die Rübe entfällt, entsprechend ihrem Verhältnis zum gesamten Flächenraum der Wohnung.

Weitere Leistungen sind in dem Grundmiete nicht inbegriffen; solche müssen daher besonders bezahlt werden, also z. B.

1. Frühstück, das der Vermieter gewährt,
2. elektrisches Licht und Gas, das durch die Wasser des Vermieters geht,
3. Ofenbeize und was an Brennstoffen dazu gewährt wird.

Niela, am 27. November 1923.
Der Rat der Stadt Niela.

Lagerraum, mögl. mit Kontor,
geleitet für Lebensmittel, sofort zu mieten gesucht.
Freundliche Angebote erbeten unter E M 712a
an das Tageblatt Niela.

1 bis 2 freundlich möblierte Zimmer
von junger Geschäftsmann sofort gesucht. Miete in Lebensmittel gezahlt werden. Frdl. Angeb.
erbeten unter E M 712a an das Tageblatt Niela.

Für die uns an unserer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen, zugleich im Namen der Eltern

herzlichsten Dank.

Leithain, Mezendorf-Niela, November 1923.

Erna Kümmel
Emil Müller.

1. Komponente der ziemlichen Kosten um deren Erhöhung um nicht bis 1%, Jahr 1800 bis 1900 (2822), 2. Retschweine 1900 bis 2100 (2500), 3. Weißfische 1500 bis 1600 (2066), 4. gering entweder 1000 bis 1400 (1855). Die Preise sind Marktpreise für nichtarmes Gemüse der Tiere und sämtliche Speisen des Handels ab Stall, Frachten, Markt- und Verkaufsstellen, Umfangsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stalpreise. Unterstand: 98 Schafe, 153 Küder, Tendens des Marktes: Geschäftsausgang bei Kindern und Nüchtern anfangt. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 26. November. Getreide und Getreide pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. Im Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark. Weizen märkischer 188—191, schlesischer 187—190. Ritter, Ritter, Sommersteife 173—176—175. Winter, Winter, Sommersteife 177 bis 181. Unterstand, Ritter, märkischer 180—182. Ruhig. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sac (seine) Marken über Motig 32—34. Unterstand: Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sac 30—32. Unterstand, Weizensteife frei Berlin 7,50—7,80. Roggensteife frei Berlin 7,00—7,80. Raps 220—230. Rübig. Ritters-Grüben 43—42, kleine Ritters-Grüben 23—26. Petrus 17—19. Serradella 20—23. Napfchen 18—18,50. Treibenschnigl 8. Tortenfasse 30/70 7,50—8. Kartoffelkästen 18—18,50.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 4210500000000
Bemerkung, ohne Gewähr.

Wirtschaftszahlen für den 27. November 1923.

Gesamt.	
1 Goldmark (Berliner Briefmark)	1 002 500 000 000 Papiermark
1 Goldpfennig	10 025 000 000 Papiermark
Goldauflöspreis	640 Doll. p. kg
1 Zwanzigsmarkstück	19 267 500 000 000 Mark
Silberauflöspreis (1-Mark-Stück)	400 000 000 000
Goldmarkausgängstag	
* für Reichssteuern und Eisenbahntarif	1 Billion
Reichsrichtzahl	831 000 000 000 (Beliebung 189,3%)
Sächsische Gesamtrichtzahl (mit Bekleidung)	888 000 000 000 (Beliebung 235,3%)
(ohne)	884 000 000 000 (Beliebung 237,9%)
Großhandelsrichtzahl	1 413 000 000 000 (Beliebung 432,1%)
Gegenwart des Goldrausens	bei Auslandspositionen usw. 1 Billion
Geldsprechgebühr	
Es fällt ein Gebühr im Ortverkehr	0,10 Goldmark
im Fernverkehr bis 100 km	0,10—0,20 Goldmark
(ausgenommen nach den Gebührenanträgen im Reichsgebiet)	
Posttarif: Ortsbrief	40 000 000 000
Ortspostarie	16 000 000 000
Reimbrief	80 000 000 000
Reimpostarie	40 000 000 000
Buchhändlerdrücker	1 100 000 000 000

Prinzen-Lichtspiele

Ab Donnerstag bis Sonnabend. Nur 3 Tage!
Der Prunk- und Ausstattungsfilm

7 Hilfe

7 Hilfe

Die Göttin der Roten Laterne.

Der Liebesroman einer Geliebten und eines Marine-Offiziers aus der Zeit des Boxer-Aufstandes. Mit Originalaufnahmen aus der alten Kaiserstadt Peking.

Im Hause

Die berühmte und eigenartige Schönheit der neuen Welt

Allan Nazimova

deren hohe Darstellungskunst von strengen Kritikern eingestuft und gewürdigt wurde.

Beiprogramm.

Saal gut geheizt!

1 Turnschuh verl. Anna-
henschule bis Eisenwerk.
Üb.Lauchhammer Str.7,2.

Kleine Anzeigen
im Neuen Tageblatt
finden schnellste und
schnellste Verbreitung.

Wertbeständig.
Junges kleinerliches Ehe-
paar sucht ein schön
möbliertes Zimmer
für die Dauer von 1 bis
2 Monaten gegen Bezahl-
ung in Wertbeständigem
Gelde. Gef. Angebote wer-
den an das Tageblatt Niela
erbeten unter E 0 714.

Kontoristin auch in Buch-
haltung vertraut,
sucht Stelle, ver 1.1.1924,
so auch früher. Gef. Angeb.
E 715 an das Tabl. Niela.

3 Juchtgäste (Endener
Nielen), 1. Grünerich,
2. Grüne verlautet
Gast, Seebaußen 36b.

2 fl. eiserne Dosen
sowie einen Posten
Herren- und Damenk-
Wintermantel,
bed. Schuhwerk
hat abzugeben
Geld- und Verkaufsgeschäft

Karl Hofmann
Gröba, Telefon 670.
Sucht Schankfert
gegen Kartoffeln ob. Hobel
zu tauschen. Stamm,
Goethestr. 54, 2.I.

Suche einen Betz
geg. Getreide umzutausch
Gummiblock, Gußbezüge
Großkübel bei Strebla

Die deutige Nr. umfaßt
4 Seiten.

Eisen G. m. b. H.

Eisengrosshandlung / Riesa-Elbe.

Wir empfehlen uns zum Bezug von
Stabeisen — Formeisen — Bandeisen
Blechen — Kleineisenzeug aller Art
im Groß- und Kleinverkauf ab Werk oder ab